

sierung typisch sei. "Eingebettetsein" dieser beiden Sphären ist nicht auf Südostasien beschränkt, sondern findet sich in allen Nationen, in denen die Modernisierung von Wirtschaft und Politik asynchron verläuft oder Experimente mit nicht-marktwirtschaftlichen und staatlich dominierten Modernisierungsvarianten durchgeführt werden. Doch wurde festgehalten, dass Demokratisierungsprozesse der marktwirtschaftlichen Liberalisierung in Südostasien häufig hinterherhinken. Dieser Tatbestand trifft im maritimen Südostasien immer noch besonders stark auf Malaysia und Singapur zu, von den un- bzw. pseudo-demokratischen Regierungsformen in Vietnam, Laos, Kambodscha und Birma im südostasiatischen Festland ganz zu schweigen. Doch selbst die vergleichsweise demokratischen Staatsformen in Thailand und auf den Philippinen sind noch sehr stark von Nepotismus, Korruption und Kollusion geprägt, ein Umstand, der auf ein zu starkes "Eingebettetsein" von Big Business und Regierung zurückführbar ist. Während Elemente des "Gärtner-Staates" als universell anerkannt wurden, wurde wiederum Tilman Schiel Recht gegeben, dass dieses Staatsmodell in Südostasien besonders ausgeprägt ist. Segmentäre Charakteristika sind besonders in Indonesien und möglicherweise auch in Birma ausgeprägt.

Chua Beng-Huat hob hervor, dass in Singapur und Malaysia klare ethnische Trennlinien bestehen, während in Indonesien der Suharto-Ära ethnische Fluidität bestand. Die ethno-religiöse Gewalt könne aber, wie bereits angedeutet, nicht (nur) auf vormals unterdrückte Spannungen zurückgeführt werden. Singapur sei der "most disembedded" Staat, und die Abwesenheit einer "Nation" währe trotz wirtschaftlicher Entwicklung fort. In Indonesien sei es nun die Gretchenfrage, ob es zu einem wahrhaftigen Föderalismus kommen könne oder ob dieser ein Lippenbekenntnis bleibe.

Wie bei jedem gelungenen Workshop blieben am Ende mehr Fragen als Antworten. Daher wäre es sicherlich sehr wünschenswert, wenn der in Singapur begonnene sehr spannende und für südostasiatische Verhältnisse ungewöhnlich direkte und unzereemonielle intellektuelle Schlagabtausch in Form von weiteren Veranstaltungen, Forschungen und auch als Sammelband fortgeführt werden kann.

Jürgen Rudolph

## **Asian Islam in the 21<sup>st</sup> century**

Bangkok, 23.-24. Februar 2000

Der seit mehreren Jahren geplante Workshop ging auf die Initiative des Centers for Muslim-Christian Understanding der Georgetown University zurück. Als Veranstaltungsort war zunächst Malaysia vorgesehen. Nachdem jedoch Anwar Ibrahim als malaysischer Vizepremierminister und Finanzminister entlassen und inhaftiert worden war, nahmen die Organisatoren von ihrer ursprünglichen Planung Abstand. Der Workshop konnte schließlich dank der finanziellen und organisatorischen Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des thailändischen Außenministeriums an der Thammasat Universität in Bangkok stattfinden.

Den Teilnehmerkreis bildeten europäische, amerikanische und vor allem asiatische Wissenschaftler, wobei die arabische Welt, der Iran und die Türkei von den Organisatoren nicht mit einbezogen worden waren. Lediglich unter den anwesenden Dip-

lomaten befanden sich einige Vertreter der arabischen Welt. Besondere Beachtung verdient jedoch vor allem die Tatsache, dass auch die Außenminister Thailands und Indonesiens, Surin Pitsuwan und Alwi Shihab, an dem Workshop teilnahmen.

Dass deutsche Stiftungen schon des Öfteren durch ihr Engagement auf die Wichtigkeit des Dialogs mit Vertretern der islamischen Welt hingewiesen haben, ist bekannt. Es mag jedoch überraschen, dass der Workshop gerade in Thailand stattfand und der thailändische Außenminister selbst anwesend war. Letzterer hatte keine Mühe gescheut, der Veranstaltung einen angemessenen Rahmen zu geben. Die Erklärung hierfür ist im Bestreben der thailändischen Regierung zu suchen, die harmonische Integration der Muslime in die thailändischen Gesellschaft darzustellen.

Der Workshop begann mit Grußworten von Anek Laothamatas (Thammasat Universität), Erfried Adam (Leiter des Regionalbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung) und John Esposito (Leiter des Center for Muslim-Christian Understanding). Es folgte der einführende Vortrag des thailändischen Außenministers. Er betonte, dass sich die Situation der muslimischen Minderheit in seinem Land stark verbessert habe. Wie er mit einem Lächeln bemerkte, sei er selbst Muslim, und gab so zu verstehen, dass seine eigene Person ein beredtes Beispiel für seine These sei. Tatsächlich hat der Theravada-Buddhismus in Thailand nicht mehr den Status einer Staatsreligion. Dennoch blieben die Ausführungen des Ministers über die Situation der thailändischen Muslime im Laufe der Tagung nicht unwidersprochen, ein Zeichen für die Offenheit, mit der in Bangkok diskutiert wurde.

Der Workshop befasste sich vornehmlich mit der Situation des politischen Islam in einzelnen Staaten. Am Nachmittag des zweiten und letzten Tages wurden zusätzlich überregionale Themen aufgegriffen. Alle Sitzungen fanden im Plenum statt, was eine Vertiefung mancher Aspekte erschwerte.

Im ersten Block wurde die Situation des Islam in Südasien diskutiert. Dabei ging es nacheinander um die Situation in Pakistan und Indien, der Vortrag über Bangladesch fiel aus. Für Pakistan stellte Dr. Vali Nasr von der University of San Diego fest, dass der Islam in der Vergangenheit dort von verschiedenen Regierungen instrumentalisiert worden sei, allerdings mit unterschiedlicher Auslegung. So war der Islam unter dem 1999 entmachteten Premierminister Nawaz Sharif im Sinne Erbakans oder Mahathirs als Motor für eine dynamische Entwicklung in der Wirtschaft präsentiert worden. Nach dem Militärputsch sei die Zukunft des Islam in Pakistan schwer zu prognostizieren.

Bei seiner Bestandsaufnahme für Indien wies Ali Ashgar Engineer (Center for Study of Society and Secularism, Indien) auf die Tatsache hin, dass die muslimische Minorität Indiens nach der Staatsgründung durch eine Migrationsbewegung seiner Elite nach Pakistan geschwächt worden sei. Er bedauerte die teilweise gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und Hindus in seinem Land. In Bezug auf die Zerstörung der Babri-Moschee in Ayohdya bemerkte er, dass dies Ereignis die Muslime bewogen habe, künftig nicht mehr auf politische Konfrontation mit den Hindus zu setzen, sondern auf Bildung und wirtschaftliche Entwicklung. Ali Ashgar Engineer plädierte allgemein für ein spirituelles Islamverständnis, so dass der Glaube nicht als Machtinstrument einer Regierung missbraucht werden könne.

Im zweiten Block wurde die Situation in China (Dru Gladney, University of Hawaii), Zentralasien und Kaukasus (Shireen Hunter, CSIS, USA) und Afghanistan (Graham Fuller, Rand Cooperation, USA) angesprochen. Gladney stellte für diese Gebiete generell fest, dass hier die neue Peripherie des Islam zu suchen sei, die die "alte" Peripherie, Süd- und Südostasien, in Bezug auf neue, interessante Beiträge zur geistigen Entwicklung im Islam ablösen könnte. In Bezug auf China rückte er zunächst die üblichen statistischen Angaben zum Anteil der muslimischen Bevölkerungsgruppe zurecht. Sie werde gewöhnlich mit 50 Mio. angegeben, in Wahrheit handele es sich jedoch nur um 21-22 Mio. Unter ihnen seien die Hui (in weiten Teilen des Landes angesiedelt) mit 8,7 Mio. und die Uiguren (im Westen Chinas) mit 7,7 Mio. die größten Gruppen. Gladney hob die Tatsache hervor, dass sich bedeutende Ölvorkommen des Landes auf dem Gebiet der Uiguren befinden und von dieser Minderheit als ihr Besitz beansprucht würden. Die von der Türkei, Saudi-Arabien und dem Iran heimlich unterstützten separatistischen Bewegungen seien aber in ihrer Ausrichtung nicht auf religiöse Themen beschränkt, sondern wendeten sich auch gegen massive chinesische Einwanderung in ihr Gebiet und setzten sich für Menschenrechte ein. Eine unbedingte staatliche Unabhängigkeit klagten die Uiguren jedoch schon deshalb nicht ein, weil sie die politische Instabilität Zentralasiens seit dem Zerfall der Sowjetunion nur zu deutlich vor Augen hätten. Insgesamt sei festzustellen, dass die verschiedenen muslimischen Kommunitäten Chinas nicht mit einer Stimme sprächen.

Eine Bestandsaufnahme für den Kaukasus und Zentralasien erwies sich als besonders schwierig, da die Region nach der Loslösung von der ehemaligen Sowjetunion noch immer im Umbruch ist. Hunter verwies in ihrem Überblick darauf, dass sich mit Aserbaidschan nur ein einziger Staat als islamisch versteht. Während hier eine persönliche Identifikation mit der Religion durchaus üblicher als eine rein nationale sei, scheint in Afghanistan hingegen vor allem die ethnische Komponente eine große Rolle zu spielen. Die Taliban gehören zur Gruppe der Paschtunen. Diese Tatsache stellt, so Graham Fuller, das Haupthindernis für ein friedliches Zusammenleben in Afghanistan dar, denn die anderen ethnischen Gruppen möchten nicht von den Paschtunen beherrscht werden.

Der dritte Themenblock behandelte muslimische Mehrheiten in Südostasien. Sharon Siddique stellte für Indonesien fest, dass nach dem Rücktritt Präsident Soehartos noch einmal deutlich geworden sei, wie vielgestaltig die muslimische Bevölkerungsmehrheit Indonesiens ist. Sie machte dies an der Vielzahl der neuen politischen Parteien fest, von denen nur die wenigsten eine Islamisierung des Staatswesens wünschen. Für Malaysia ergibt sich wiederum ein etwas anderes Bild: das Islamverständnis scheint durch die Ereignisse um Anwar Ibrahim eine Wandlung zu vollziehen, der als Sinnbild eines fortschrittlichen Islamverständnisses verstanden worden war. Seit seiner Inhaftierung verzichtet die Regierungspartei UMNO weitgehend auf eine Einbeziehung des Islam-Begriffs in ihre Selbstdarstellung. In dem so entstandenen Vakuum scheint der Terminus Islam mehr und mehr von der PAS-Partei verinnahmt zu werden, in deren Reihen sich auch Befürworter einer Einführung der *hudud*-Strafen (die unter bestimmten Voraussetzungen z.B. das Abschlagen einer Hand für Diebstahl vorsehen) finden. In Brunei gibt es weniger politischen Spiel-

raum. Hier ermöglicht der Ölreichtum des Landes allerdings auch einen außergewöhnlichen Wohlstand der Bevölkerung, so dass Widerstandsbewegungen a priori keinen großen Zulauf haben.

Die muslimischen Minderheiten Südasiens bildeten den vierten und fünften Themenblock. In Singapur, den Philippinen und Thailand sind die Muslime mit ihrer Position nur bedingt zufrieden. Dies führten die Referenten Shahaaruddin Maaruf (National University of Singapore), Michael Mastura (Sultan Kudarat Islamic Academy Foundation, Philippinen) und Chaiwat Satha-Anand (Thammasat Universität) z.T. auf ihre Stigmatisierung durch andere Bevölkerungsgruppen zurück, die die Muslime oft pauschal als undemokratisch, fortschrittsfeindlich, irrational oder gar terroristisch verurteilen. Schlimmer noch ist die Situation der Muslime in Myanmar. Die Muslime würden dort, so Mitsuo Nakamura (Chiba Universität, Japan) von der Regierung an der Ausübung ihrer Religion gehindert. Die Unterdrückung Andersdenkender ist in diesem Land an der Tagesordnung und besonders Muslime würden von der Regierung beargwöhnt. Für Kambodscha schließlich stellte Omar Farouk (Hiroshima Universität) eine positive Entwicklung der Situation der muslimischen Minderheit fest, nachdem sie gerade unter den Roten Khmer besonders gelitten und religiöser Schriften und Moscheen beraubt worden seien. Malaysia und Japan hätten bei der Wiederbelebung des Islam in Kambodscha geholfen.

Der abschließende Themenblock "Sozialer Wandel: Konfliktlösungen, Frauen und religiöser Pluralismus" warf eine Vielzahl neuer Fragen auf, u.a. nach der Rolle der Geschlechter in mehrheitlich muslimischen Gesellschaften. Leider konnte dieses Thema nur andiskutiert werden. Dafür ergab sich für die Teilnehmer noch die Gelegenheit, die Ausführungen des neuen indonesischen Außenministers Alwi Shihab über die Außenpolitik seines Landes zu hören. Er bezeichnete die Ausrichtung der Außenpolitik Indonesiens nicht als islamisch, sondern als "ökumenisch", d.h. nach allen Seiten offen.

Angesichts der Vielfalt des asiatischen Islam und der hohen Teilnehmerzahl war die Tagung in Bangkok eine gelungene Anregung für einen intensiveren Dialog. Am Ende bleibt zu wünschen, dass dieser Dialog unter Beteiligung von Wissenschaftlern aus dem alten islamischen Kerngebiets, d.h. der arabischen Welt, weitergeführt wird. In diese Richtung zielte auch das Schlusswort Chaiwat Satha-Anands, die "andere Seite" (gemeint waren damit einerseits die Muslime des Kerngebiets und andererseits der Westen) sollte sich doch mit dem asiatischen Islam mehr vertraut machen und seine Ausdrucksformen und seine Terminologie verstehen lernen. Tatsache ist, dass es bis dato vor allem zwei Grundlagen für die internationale Diskussionen um den Islam als gesellschaftliches Phänomen gibt: die Kenntnis des Islam im Kerngebiet und die westlich geprägten Sozialwissenschaften. Diese Grundlagen können für Asien nur bedingt gültig sein.

Mathias Diederich